in Bewegung setzt, wenn auf Antrag eines Mitgliedes der Völkerbundrat also beschlossen hat. Die nächste Sitzung ist am 5. März. Kommt es dann zu solchem Antrag und zu solchem Beschluß, so wird ein Vierteljahr nach dem Zwischenfall verstrichen sein, ehe die „Investigation", zu Deutsch: die Suche nach den Spuren beginnt, und die Herren Madjaren wären minder schlaue Füchse als sie sind, wenn sie bis dahin nicht die letzten Spuren verwischt hätten.

Was Deutschlands Aufgabe in dieser unerfreulich verwickelten Lage ist? Eines und nur eines: um jeden Preis den Anschein zu vermeiden, als unterstütze es, sei es auch nur einem abstrakten Prinzip zuliebe, jene Tollhäusler in Rom und Budapest, die Tag für Tag mit brennender Kerze über einem Pulverfaß hantieren.

Endlich Protest beim Rat!

T. Genf, 1. Februar. (Eig. Drahtber.)

Die Vertreter der Tschechoslowakei, Südslawiens und Rumäniens haben dem Generalsekretär des Völkerbunds am Mittwoch nachmittag je eine Note und ein Memorandum über die ungarische Waffenschiebung übergeben. Gleichlautend fordern die drei Mächte unter Berufung auf den Friedensvertrag von Trianon die Behandlung der Angelegenheit in der am 5. März beginnenden Ratstagung.

In der am schärfsten gehaltenen südslawischen Note wird der Antrag mit folgenden Worten begründet:

„Die Königliche Regierung ist der Meinung, daß es von allgemeinem Weltinteresse ist, daß dieser Zwischenfall, der das öffentliche Vertrauen in den tatsächlichen Wert der internationalen Verträge ernsthaft erschüttern könnte, vollständig aufgeklärt wird. Sie sieht es als ihre Pflicht an, die Aufmerksamkeit des Völkerbundrats auf die Konsequenzen zu lenken, die sich daraus ergeben könnten; deshalb appelliert sie an die Rechte und Pflichten des Rates, unter diesen Umständen zu intervenieren, um ernsteren Ereignissen oder Folgen vorzubeugen und fordert ihn auf in bezug auf die Militärkontrolle über Ungarn die Maßnahmen zu ergreifen, die sich aus diesen Pflichten und Rechten gemäß dem Friedensvertrag von Trianon ergeben."

Die drei Memoranden enthalten im übrigen gleichlautende Darstellungen über die Entdeckung der Waffenmengewehre. Die Noten und Memoranden werden jetzt vom Sekretariat den Ratsmächten und der permanenten Militärkommission übermittelt. Ungarn wird von den eingelaufenen Anfragen ebenfalls benachrichtigt und wahrscheinlich aufgefordert, sich im Rat selbst zu verteidigen.

Ein Balkanpakt als Schutz

O. Sofia, 1. Februar. (Eig. Drahtber.)

Die Vertreter der Türkei in Sofia und Belgrad haben von ihrer Regierung den Auftrag erhalten, über die Geneigtheit Südslawiens und Bulgariens für ein Balkan-Locarno Erkundigungen einzuziehen und die Bereitschaft der Türkei als Mittelsmann für die Einberufung einer entsprechenden Konferenz zu erklären. Ein Balkanschiedsvertragspakt sei das zuverlässigste Mittel für die Abwehr der von Italien her drohenden Gefahren, denen gegenüber alle Differenzen der Balkanstaaten untereinander belanglos seien.

Deutschnationale Minister und Flagge

SPD. Im Haushaltsausschuß des Reichstags begann am Mittwoch die Beratung des Etats des Verkehrsministeriums. Es gab Anlaß, die eigentümliche Stellung dieses Ministeriums unter der Leitung des deutschnationalen Ministers Koch zur Reichsflagge kritisch zu behandeln. Koch soll bei einem Besuche des Berliner Flughafens durch den türkischen Verkehrsminister am 1. Oktober angeordnet haben, die Nationalflagge herunterzuholen und die schwarz-weiß-rote Handelsflagge zu hissen. Aus diesem Anlaß ist dem Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft eine Flaggenordnung vorgelegt worden, durch die bestimmt wird, daß neben der Flagge der Stadt Berlin, der Flagge Preußens und der Reichsflagge Schwarzrotgold nur die Flagge des zu ehrenden Landes gehißt werden darf. Den Erlaß dieser Flaggenordnung haben die Vertreter des Reichsverkehrsministeriums auf ausdrückliche Anordnung ihres Ministers zuerst zu verschleppen gesucht und dann gegen sie gestimmt. Daher machte der sozialdemokratische Abgeordnete Heimann dem Reichsverkehrsminister den Vorwurf, entgegen seinen amtlichen Verpflichtungen die schwarzrotgoldene Reichsflagge bekämpft zu haben.

Die Diskussion im Haushaltsausschuß, die infolge des rüpelhaften Verhaltens einiger Deutschnationalen zeitweise sehr stürmisch wurde, brachte eine völlige Aufklärung des Tatbestandes. Es steht einwandfrei fest, daß die Vertreter des Reichsverkehrsministeriums entgegen den vom Reich erlassenen Bestimmungen über den Gebrauch der Reichsflagge sich gegen die Flaggenverordnung gewandt haben, weil sie ein Verbot des Hissens der schwarzweißroten Handelsflagge enthielt. In dieser Beziehung waren also die Vorwürfe von Heimann gegen das Ministerium in vollem Umfange berechtigt. Dagegen konnte der Minister nachweisen, daß der Vorwurf, er habe die schwarzrotgoldene Flagge herunterholen lassen, unrichtig sei. Koch hat allerdings verlangt und das gegen den anfänglichen Widerstand des Direktors der Flughafengesellschaft durchgesetzt, daß neben der schwarzrotgoldenen Reichsflagge die schwarzweißrote Handelsflagge gehißt wurde. Da das bisher nicht üblich war und auch durch die Flaggenordnung für künftige Zwecke verboten ist, so handelt es sich hier zweifellos um einen Uebergriff, hervorgegangen aus der deutschnationalen Gesinnung des Ministers.

Obwohl Abgeordneter Heimann, der seit vielen Jahren Vorsitzender des Haushaltsausschusses ist und diese Tätigkeit mit vorbildlicher Objektivität ausübt, die Angriffe gegen Koch in seiner Eigenschaft als Abgeordneter erhoben hatte, wollen die Deutschnationalen sie zum Anlaß nehmen, Heimann von diesem Posten zu entfernen. Es ist aber nicht anzunehmen, daß ihnen dieser Plan gelingt. Von den übrigen Parteien wird die Angelegenheit wesentlich ruhiger angesehen. Aber falls die Deutschnationalen tatsächlich ihre Absicht durchführen sollten, wird man ihnen sagen, daß sie sich gegen amtierende Minister viel schlimmere und viel unberechtigtere Angriffe geleistet haben, als das Heimann getan hat. Heimann wird übrigens in der Donnerstagsitzung des Haushaltsausschusses den Tatbestand richtigstellen und seine Angriffe gegen Koch, soweit sie sich als nicht richtig erwiesen haben, sofort zurücknehmen.

20 Länder gegen Handelsverbote

T. Genf, 31. Januar. (Eig. Drahtb.)

Die polnische Regierung hat nunmehr ebenfalls die Völkerbundkonvention gegen Aus- und Einfuhrverbote und Beschränkungen unterzeichnet. Allerdings behält sie sich alle Maßnahmen in bezug auf ihren Außenhandel mit Kohlen, Farbstoffen und Petroleum vor. Da sich inzwischen auch Portugal ohne jeden Vorbehalt angeschlossen hat, sind der Konvention bis jetzt über 20 Länder beigetreten. Allerdings hat die Mehrzahl Vorbehalte gemacht, England und Frankreich haben sich nur für das Mutterland gebunden. Die Frist für den Beitritt unter Vorbehalt war am Donnerstag abgelaufen.

Im März wird die zuständige Kommission des Völkerbundes über einen Weg zur Beseitigung der den internationalen Warenaustausch am meisten hemmenden Vorbehalte beraten.

Tauwetter.

Der Zentrumsarbeiter: „Keinen Schritt weiter nach rechts, Herr Marx! Das Eis zeigt überall tiefe Risse."

Verwaltungsabbau in Braunschweig

D. Braunschweig, 1. Februar. (Eig. Drahtber.) Die sozialistische Regierung Braunschweigs hat beschlossen, mit dem Abbau des übergroßen Verwaltungsapparates im Schulwesen zu beginnen. Bisher bestanden ein Landesschulamt für das Volksschulwesen und eines für das höhere Schulwesen. Nach einer Gesetzesvorlage des Ministeriums sollen ab Ostern beide Landesschulämter aufgehoben und ihre Befugnisse dem Minister für Volksbildung übertragen werden. Die Zahl der Schulaufsichtsbeamten im Lande wird von 38 auf 21 herabgesetzt. Dafür wird die Selbstverwaltung der Lehrkörper an den einzelnen Schulen entsprechenderweise erweitert. Es ist zu erwarten, daß die Vorlage im Landtag eine Mehrheit finden.

Die Regierung will ferner das Berufsschulwesen mehr als bisher fördern und hat zu diesem Zweck im Haushaltsplan für 1928 die Stelle eines Oberregierungsrats geschaffen, die mit einem anerkannten Berufsschulfachmann besetzt werden soll.

Räumungsforderung

P. Paris, 2. Februar. (Eig. Funkspruch.) Der sozialistische Parteiführer Leon Blum stellt heute im Populaire fest, daß Deutschland das größte moralische und juristische Recht habe, die sofortige Räumung des Rheinlandes zu fordern. Die Räumung erscheine als moralische und politische Notwendigkeit in Rückwirkung der Locarno-Verträge und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Briand habe das nun zu erfüllen.

Da Poincaré angekündigt hat, daß er schon am Donnerstag seine große finanzpolitische Rede in der Kammer halten wird, ist anzunehmen, daß Briand erst am Freitag im Senat zur Räumungsfrage antworten wird.

*

Moskau „säubert" in Frankreich. Aus Paris wird gemeldet: Der Kongreß der französischen Kommunistischen Partei hat, dem Moskauer Beispiel folgend, die Organisation von den der Opposition angehörenden Mitgliedern „gereinigt". Die Führer der Opposition in der französischen Partei, Treint, Suzanne, Girault, benutzten die Debatte über ihren Ausschluß zu einer leidenschaftlichen Anklage gegen die heutige Leitung der bolschewistischen Internationale. In der Sowjetunion wurden ihre Freunde, die allein der Lehre Lenins treugeblieben seien, aus der Partei hinausgeworfen und nach Sibirien verbannt, ganz wie unter dem zaristischen Regime. — Der Ausschluß der Oppositionellen wurde vom Kongreß mit überwältigender Mehrheit zur Kenntnis genommen.

Der Priester als Rebellenführer. Aus Mexiko wird gemeldet: Ein Truppe von 700 Rebellen, der unter Führung des katholischen Priesters Esparza stand, wurde durch Regierungstruppen nach schwerem Kampfe vernichtend geschlagen. 47 Rebellen, darunter deren Führer, fielen im Verlauf des Kampfes; weitere 17 ertranken auf der Flucht.

Todeskampf des Bürgerblocks

Stresemann und die streitenden Blockbrüder — Wirth fordert Neuwahlen

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

Breitscheid hat am Mittwoch von dem Todeskampf des Bürgerblocks gesprochen. Er lebt nicht mehr, aber er kann noch nicht sterben. Das ist der wirkliche Zustand. Wer findet sich in den Wirren der Regierungsparteien noch zurecht? Freytagh-Loringhoven als Redner der größten Regierungspartei hat die Außenpolitik Stresemanns als erfolglos in Grund und Boden zerrissen. Der Zentrumsredner Ulitzka hat verlangt, daß die Deutschnationalen dafür in Sack und Asche Buße zu tun hätten. Sein Koalitionsbruder, der Deutschnationale v. Lindeiner-Wildau, hat diese Aufforderung verlegen umgangen und gefunden, die Rede Freytagh-Loringhovens sei doch nur eine wertvolle Ergänzung der Stresemannrede. Dagegen aber hat sich am Mittwoch Stresemann selbst mit temperamentvoller Energie gewehrt. Hingegen findet der Parteifreund Stresemanns, Frhr. v. Rheinbaben, die Rede Freytagh-Loringhovens gar nicht so übel. Um die Verwirrung voll zu machen, hat der zweite Zentrumsredner Joseph Wirth Herrn Stresemann als „den Minister der loyalen Opposition" ausgerufen. Alle diese Wirrungen aber erklären sich nur aus der Furcht vor den Neuwahlen. Die Regierung ist zerfallen. Der Reichstag ist zur Auflösung reif. Nur die schlotternde Furcht der Deutschnationalen hindert die Neuwahlen und läßt die stärkste Regierungspartei alle Demütigungen geduldig hinnehmen. Die ganze Politik der Deutschnationalen läßt sich auf eine Formel bringen: Nur nicht wählen!

Aber der Abg. Wirth erklärte: Der Bruch der Koalition ist da und der Wahlkampf wird zur Notwendigkeit. Mit diesem Ausbruch des Wirthschen Temperaments war die Spannung des Tages gelöst.

*

Sitzungsbericht

378. Sitzung, Mittwoch, 1. Februar

Die zweite Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amts wird fortgesetzt.

Abg. Stoecker (Komm.) erklärt, die Rede des Abgeordneten v. Freytagh-Loringhoven sei den Deutschnationalen sichtlich unangenehm gewesen. Keine Hand habe sich bei ihnen zum Beifall gerührt, und der Abgeordnete Schulz, Bromberg, habe nach der Rede seines Fraktionsgenossen ostentativ dem Außenminister die Hand gedrückt. Tatsächlich lögen die Deutschnationalen ebenso wie die Sozialdemokraten in inniger Liebe an den Brüsten des Herrn Stresemann. (Heiterkeit). Trotz den parlamentarischen Scheingefechten bestehe eine Einheitsfront für Stresemanns Politik des neudeutschen Imperialismus.

Abg. Graf zu Reventlow (Natsoz.) bezeichnet die deutsche Außenpolitik als eine konsequente Unwahrhaftigkeit dem deutschen Volke gegenüber. Das Volk sei darüber getäuscht worden, daß mit dem Dawes-Pakt die deutsche Souveränität verkauft wurde. Stresemann habe mit seiner Völkerbundpolitik den Offenbaren Bankrott gemacht. Die jetzige Außenpolitik sei ein niederträchtiger, infamer Verrat des Volkes. (Der Redner erhält einen Ordnungsruf.)

Abg. v. Graefe (Völk.) sieht in dem Dawes-Pakt die Ursache des jetzt beginnenden Unterganges der deutschen Landwirtschaft und des Verfalls der übrigen Wirtschaftszweige. Wenn der Reichskanzler Dr. Marx in diesen Tagen sagte, der Wohlstand des deutschen Volkes beginne sich zu heben, so sei das eine Irreführung des Volkes. Die jetzige Außenpolitik verursache den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft. Die Deutschnationalen sollten endlich erkennen, daß sie mit ihrer Unterstützung der Stresemann-Politik einen falschen Weg gegangen sind. Sie sollten im unterländischen Interesse die Koalition zerplatzen lassen und mit den Völkischen gemeinsam den Kampf für die deutsche Freiheit führen.

Abg. Urbahns (linker Kommun.) stimmt dem Vorredner darin zu, daß die jetzige Außenpolitik auf Täuschung des Volkes berechnet sei. Die Ministerrede habe der Bilanzverschleierung einer bankrotten Firma geglichen. Die offiziellen Kommunisten und die jetzige Sowjetregierung Rußlands seien mitschuldig an der Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie. Die offiziellen Kommunisten hätten Lenin verlassen und seien Hauptschaner geworden. Jetzt komme es darauf an, das Proletariat zum Bürgerkrieg gegen den Kapitalismus zu organisieren.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann:

Ich kann nicht mit Abg. v. Lindeiner die Rede des Abg. v. Freytagh als eine wertvolle Ergänzung meiner Rede betrachten. Der Vertreter, Dr. Hoetzsch, hat auch in Genf loyal mitgearbeitet. Wenn Abg. v. Freytagh eine Absage von der deutsch-französischen Verständigungspolitik fordert, so liegt darin

ein Gegensatz zu der Haltung seiner Fraktion.

Es trifft nicht zu, daß diese Politik in eine Sackgasse geführt hat. Herr v. Freytagh hat nicht den neuen Weg angegeben, den wir nach seiner Meinung einschlagen sollen. Den Anschlußgedanken im Völkerbund durchzusetzen, ist immer unser Ziel gewesen; das wäre also nicht ein neuer Weg unserer Politik. Wir haben mit der obligatorischen Schiedsgerichtsverpflichtung mit den übrigen Großmächten ein Beispiel gegeben und uns den Vertrag der kleineren Staaten errungen. Wir wollen die Politik der gegenseitigen Verständigung nicht verlassen. Der Locarno-Geist hat uns die Freiheit des Luftverkehrs und viele andere Erleichterungen gebracht. Der Fortschritt geht natürlich nur schrittweise.

Ich habe darauf hingewiesen, daß es sich in Locarno nur um das Vertragswerk handeln sollte, sondern um

den Anfang einer gemeinsamen Politik zur Erhaltung des Friedens.

Deutschland ist schon um seiner Selbsterhaltung willen zu einer solchen Politik genötigt. Von einem neudeutschen Imperialismus kann wirklich nicht gesprochen werden. Natürlich ist seit Locarno noch nicht jede Spannung beseitigt; aber ich betrachte es als meine Aufgabe, daran zu arbeiten. Darum kann ich an die französische Adresse die Mahnung richten: nun tut das Eure, daß die Idee von Locarno Gemeingut des deutschen Volkes werden kann. (Beifall.)

Ein französischer Senator hat gesagt, Deutschland habe den Versailler Vertrag das modernste Heer der Welt zu verdanken. (Lachen.) Wir empfehlen allen Mächten der Welt, sich ein